



Strom-Netzplanung muss auf den Prüfstand. Vor allem die Ost-Süd-Stromtrasse nach Bayern

Strom-Netzplanung muss auf den Prüfstand. Vor allem die Ost-Süd-Stromtrasse nach Bayern
Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat für die Planung von Stromtrassen einen Neubeginn gefordert. Es sei nicht erkennbar, dass die bisherige Netzplanung an den Klimaschutzziele und den Zielen der Energiewende ausgerichtet sei, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger vor der Presse in Berlin. Die Planung neuer Stromtrassen müsse einer Strategischen Umweltprüfung unterzogen und mit mehr Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt werden. Dazu gehöre auch die Einbeziehung vorgeschlagener Alternativen. Die Bevölkerung in den betroffenen Regionen werde bisher über die Planung neuer Stromautobahnen lediglich informiert, Alternativvorschläge würden jedoch meistens ignoriert, kritisierte Weiger. Die Stromtrassen-Pläne gehören auf den Prüfstand. Überprüft werden muss vor allem, ob die vorgeschlagenen Stromtrassen überhaupt notwendig sind. Stattdessen machen die Netzbetreiber und die Bundesregierung Druck unter anderem für den Bau der Gleichstromtrasse vom Osten Deutschlands nach Bayern. Trotz massiver Zweifel an der Notwendigkeit dieser Leitung und trotz neuer Rahmenseetzungen durch das novellierte Erneuerbare-Energien-Gesetz wollen die Netzbetreiber in beiden Richtungen jetzt sogar Verlängerungen der Trasse durchsetzen. Es drängt sich der Verdacht politischer Einflussnahme auf das Verfahren der Netzplanung geradezu auf", so der BUND-Vorsitzende. Anfang November haben die Netzbetreiber ihren Entwurf des "Netzentwicklungsplans 2014" vorgestellt. Die Bundesnetzagentur muss diesen Entwurf noch genehmigen. Gegen Bedenken vor allem aus Bayern halten die Netzbetreiber an ihren, aus Sicht des BUND und von Experten - überzogenen - Ausbauplänen für die Stromnetze in Deutschland fest. Der Netzentwicklungsplan 2014 spiegelt in Bezug auf Klimaschutz und den Ausbau der erneuerbaren Energien nicht die Ziele der Energiewende wider. Im Kontext der Energiewende ist vor allem die Ost-Süd-Stromtrasse in der geplanten Form überflüssig. Diese Leitung soll klimaschädlichen Braunkohlekraftwerken möglichst viele Volllaststunden ermöglichen. Damit konterkariert diese Planung die Klimaschutzziele der Bundesregierung. Schlichtweg grotesk ist, dass der Netzentwicklungsplan den Bau eines neuen Braunkohlekraftwerks am Standort Profen in Mitteldeutschland vorsieht. Das würde genau das Gegenteil von dem bewirken, was die Bundesregierung aktuell im Rahmen ihres Aktionsprogramms Klimaschutz 2020 zur Einhaltung der deutschen Klimaziele anstrebt", sagte Netzexperte Christian von Hirschhausen von der Technischen Universität Berlin. Grundlage des "Netzentwicklungsplans 2014" sei ein veraltetes Energieszenario. Das von Schwarz-Rot novellierte Erneuerbare-Energien-Gesetz führe zu einer Verlangsamung des Ausbaus der erneuerbaren Energien, insbesondere zu einem geringeren Ausbau der Offshore-Windenergie. Der BUND-Energieexperte Thorben Becker ergänzte: "Es ist höchst zweifelhaft, ob die Berechnungen der Netzbetreiber noch der Realität des veränderten Erneuerbare-Energien-Gesetzes entsprechen. Dringend notwendig ist deshalb die komplette Neuberechnung des Stromleitungs-Bedarfs unter Berücksichtigung der neuen Datenlage. Wir fordern die Bundesnetzagentur auf, den Netzentwicklungsplan 2014 ad acta zu legen. Auf keinen Fall dürfen auf der Basis unseriöser Grundlagen neue Stromtrassen geplant werden", sagte Becker. Ein BUND-Hintergrundpapier zur Stromnetzplanung finden Sie im Internet unter: <http://www.bund.net/pdf/netzentwicklungsplan> Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Am Köllnischen Park 1 10179 Berlin Deutschland Telefon: 030 / 27 58 64 - 0 Telefax: 030 / 27 58 64 - 40 Mail: bund@bund.net URL: <http://www.bund.net>

Pressekontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

bund.net
bund@bund.net

Firmenkontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

bund.net
bund@bund.net

P>1975 gründeten Horst Stern, Bernhard Grzimek und 19 weitere Umweltschützer den Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland. 1984 kam die BUNDjugend hinzu und 1989 schloss sich der BUND dem internationalen Netzwerk Friends of the Earth an. Dieses Jahr wird der BUND 30 Jahre alt und ist mit fast 400.000 Mitgliedern und Spendern der größte föderale Umweltverband Deutschlands. Mit unzähligen Aktionen und Kampagnen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene konnten wir Moore retten, gegen die Atomkraft mobil machen und uns für umwelt- und gesundheitsverträgliche Produkte einsetzen.